

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Die Heide ist frei

Wir haben gleich eine Flasche Sekt geköpft, als wir erfuhren: „Die Heide ist frei!“. 17 Jahre Kampf und Protest gegen das Bombodrom, den Kriegsübungsplatz der Bundeswehr, hatten einen grandiosen Erfolg beschert. Das betretene Gesicht des sogenannten Verteidigungsministers Jung erfreuten meine Frau und mich so sehr, dass wir einander zuprosteten.

Der Kampf um die friedliche Nutzung des Übungsplatzes nach dem Kalten Krieg war von Erfolg gekrönt. Es war ein Sieg nicht nur gegen die Bundeswehr, als ob sie sich allein die Kriegsübungsplätze aussuchen könnte. Nein, der Protest richtete sich gegen die Bundesregierung, gegen CDU, SPD, FDP und andere Lobbyisten, die an Kriegen und Rüstung verdienen. Struck (SPD) hielt an dem Bombodrom fest. Erst viel später sprangen Brandenburger Regierungspolitiker von SPD und CDU als Trittbrettfahrer auf den Protestzug der Bürgerinitiative auf. Sie hatten anfangs noch das sogenannte Arbeitsplätze-Argument gespielt. Nun erkennen dieselben Leute, wie viele Arbeitsplätze der Tourismus schafft.

Vergessen wir aber auch nicht: Obwohl die Heide frei ist, werden die Kriegsspiele - bis hin zum bitteren Ende - werden nur an anderer Stellen verlagert, das Kriegstraining geht

weiter. Die Beteiligung Deutschlands an völkerrechtswidrigen Kriegen geht also weiter. Erst wenn ein wirkliches Umdenken in der Politik stattfindet, ist ein friedliches Zusammenleben der Völker möglich.

Deutschland ist in der Welt der drittgrößte Waffenexporteur. Ich habe noch von keiner Krise in der Rüstungsindustrie gehört. Auf den Übungsplätzen werden diese Waffen ausprobiert und für den Weltmarkt, egal in welche Staaten, verkaufbar gemacht.

Wenn sich Deutschland (noch) nicht an allen Konflikten direkt beteiligt, ist Deutschland verantwortlich für Staatsterrorismus, Ressourcenvernichtung und Zerstörung der Umwelt. Die Heuchelei hat also einen Namen. Die Bürgerinitiativen gegen das Bombodrom in Siegenburg und Nordhorn haben unsere ganze Unterstützung. Vom Osten lernen heißt siegen lernen.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Aus einem Lied gegen das Bombodrom:

**„Die Heide wird frei,
man kann sie nicht kaufen.
Die Heide wird frei,
wir haben sie erlaufen.
Gegebene Versprechen,
die darf man nicht brechen.
Wir bleiben dabei:
Die Heide IST frei.“**

Lesen Sie mehr zum Thema auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 6

Zitiert ...

Es ist mehr wert, jederzeit die Achtung der Menschen zu haben, als gelegentlich ihre Bewunderung.

*Jean-Jacques Rousseau
(1712-1778)*

DIE LINKE.

Landesparteitag in Potsdam

**Krise bewältigen – Armut bekämpfen – Demokratie stärken – Zukunft gewinnen:
Es ist an der Zeit. Für Brandenburg.**



Kerstin Kaiser mit ihrem Kompetenzteam

DIE LINKE. Brandenburg hat auf ihrem Landesparteitag am 12. Juli 2009 das Wahlprogramm zur Landtagswahl bei einer Enthaltung beschlossen.

Die Delegierten hatten zuvor zahlreiche Änderungsanträge beraten. Im Vorfeld des Parteitages war in einem landesweiten Dialog mit Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen über den Entwurf des Programms diskutiert worden. Das nun beschlossene Programm enthält im Gegensatz zum Entwurf die klare Aussage, dass DIE LINKE für einen Politikwechsel bereit ist, Regierungsverantwortung zu

übernehmen. Außerdem wurden zwei weitere Schlüsselprojekte in das Programm aufgenommen – die Gemeinschaftsschule und die Interkommunale Zusammenarbeit. Auf Antrag des Jugendverbandes Linksjugend [‘solid]



Bundestagskandidat Steffen Kühne im Gespräch mit dem rbb

bekennnt sich DIE LINKE nun zum Ziel des Ausstiegs aus der Braunkohle-

verstromung bis zum Jahr 2040.

Zum Abschluss des Parteitages stellte Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser ihr Kompetenzteam für den Wahlkampf vor:

Ralf Christoffers, Thomas Domres, Christian Görke, Gerrit Große, Gerd-Rüdiger Hoffmann, Stefan Ludwig, Hans-Jürgen Scharffenberg, Gerlinde Stobrawa, Anita Tack, Kornelia Wehlan, Birgit Wöllert.

Ihnen und all unseren Kandidaten zur Landtags- und Bundestagswahl sowie den Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen in diesem Jahr wünschen wir viel Erfolg und beste Ergebnisse. Ebenso wünschen wir all unseren Wahlhelfern, Wahlhelferinnen, Wahlkämpfern und Wahlkämpferinnen ausreichend Kraft und Motivation für die bevorstehenden Wochen bis zur Wahl.

Red.

Paradebeispiel der Demokratie

Es war ein langer und steiniger Weg, aber er führte zum Erfolg. Es wird kein Bombodrom in der Kyritz- Ruppiner Heide geben.

Bereits im Jahre 1992 begannen die ersten Proteste gegen den angestrebten Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr.

17 Jahre hat der Kampf gedauert.

27 Gerichtsprozesse und 102 Protestwanderungen waren Etappen dieses Weges. Doch

die verschiedenen

Initiativen aus den Dörfern und Städten um das 12.000 ha große Sperrgebiet haben sich nicht entmutigen lassen.

Mit Ideenreichtum und offensichtlicher Lust wurden die Proteste getragen. Musikgruppen verschiede-

ner Art am Protestweg, die Clowns-Armee mit ihren ernst gemeinten Späßen und viele andere Aktionen zeugten von der Entschlossenheit der Bombodrom Gegner.

Mit dieser Lust und Entschlossenheit konnten Christen, linke Gruppierungen und Unternehmer als tragende Säulen gemeinsam mit den Bürgern der Region diesen Erfolg erringen. Diese Gemeinsamkeit führte zu den jeweils größten

Ostermarsch-Aktionen. Es ist ein Lehrbeispiel, um Bürgerwillen gegen den Machtmissbrauch der herrschenden Politiker durchzusetzen.

Ich meine, alle Bürgerinnen und Bürger, die positive Veränderungen mit

demokratischen Mitteln anstreben, sollten aus diesen Aktionen viel lernen.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf



Erhoffte Botschaft nach 17 Jahren

Bundes- und Landtagswahlen stehen an, drum denke jeder, der das kann, nach, was die Politiker uns gebracht und welche Sprüche sie vorher gemacht.

Aus Zwei plus Null machten sie Drei bei der Mehrwertsteuer-Eierei. Statt Frieden für die Welt zu schaffen, erproben sie die deutschen Waffen.

Unsere Heim- PCs werden ausgespät, Zwietracht wird unters Volk gesät. Die Reichtumsschere ist weit offen, der kleine Mann hat nichts zu hoffen.

Wer daran etwas ändern will, der bleibe nicht mehr brav und still zu Hause auf dem Hintern sitzen. Nur demokratisch tätig sein wird allen nützen.

Bundestagswahl 2009

T. Senst: Du kandidierst in diesem Jahr zum ersten Mal für den Deutschen Bundestag. Deshalb wollen wir Dich gern unseren Lesern vorstellen.

Mit 28 Jahren bist Du ein sehr junger Kandidat. Wie definierst Du Deine inhaltlichen Ziele, was willst Du verändern?

Steffen Kühne: Wie viele andere bin ich der Überzeugung, dass unser Zusammenleben ökologischer, demokratischer und deutlich gerechter organisiert werden kann.

Die Ausbreitung von Armut und die chronische Leere in den öffentlichen Kassen sind angesichts des enormen Reichtums dieser Gesellschaft nicht akzeptabel, den Rückbau sozialstaatlicher Errungenschaften, die anhaltende Bildungsmisere und die Normalisierung von Kriegsbeteiligungen beobachte ich nicht nur mit Sorge, sondern mit Empörung. Entwicklungen wie diese sind jedoch nicht in Stein gemeißelt und es ist höchste Zeit, sie umzukehren!

Als Kandidat der LINKEN vertrete ich ein Programm, das für die Überwindung von Hartz IV und die Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes steht. Ich möchte mehr Mut zu direkter Demokratie sowie gleiche Chancen für alle auf gesellschaftliche Teilhabe und einen Zugang zu guter Bildung und bezahlbarer Kultur. Ein gründlicher Umbau der Steuerpolitik muss die Umverteilung von unten nach oben stoppen und hohe Einkommen in angemessenem Umfang an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen.

Dies gilt insbesondere für die Wirtschaftskrise und ihre Folgen. Ein weiteres zentrales Anliegen besteht in der Umsetzung einer solidarischen Energiegewende, die Atomkraft und perspektivisch auch fossile Brennstoffe vollständig durch erneuerbare Ener-

Unser Kandidat



Steffen Kühne

gie ersetzt.

T. Senst: Mit dieser Kandidatur für den Bundestag trifft man ja eine weitreichende Entscheidung für die Zukunft. Woher kommt Deine Motivation Dich für die Belange Deiner Mitmenschen politisch einzusetzen?

Steffen Kühne: Wer mit der herrschenden Politik nicht einverstanden ist und gleichzeitig meint, dass es vernünftige Alternativen gibt, hat verschiedene Möglichkeiten, sich zu engagieren und dadurch Teil politischer Veränderungen zu werden.

Angesichts der hohen Zahl von Menschen, die sich neben und außerhalb von Parteien in Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, Diskussionsforen oder Protesten einbringen, kann von Politikverdrossenheit keine Rede sein. Veränderung braucht immer gesellschaftlichen Druck und neue Positionen müssen Mehrheiten finden, wollen sie nicht im stillen Kämmerlein des Rechthabens versauern.

Im Aufzeigen von Missständen und bei der Herstellung öffentlicher Debatten, die am Anfang jedes Politikwechsels stehen, sehe ich eine zentrale Aufgabe der LINKEN und meinen eigenen Beitrag. Die inhaltlichen Schwerpunkte meiner bisheri-



gen Arbeit liegen in den Bereichen Globalisierung und Internationale Politik, Klima- und Energiepolitik sowie im Kampf gegen Rechtsextremismus und Alltagsrassismus.

Als Kandidat der LINKEN werbe ich um Unterstützung bei Wählerinnen und Wählern, weil ich mich dafür einsetzen möchte, dass politische Alternativen zum Status quo in der künftigen linken Bundestagsfraktion eine unüberhörbare Stimme finden.

Ziel muss es sein, die vielen, die auch in unserer Region nur noch gleichgültig abwinken oder gar resigniert haben, wieder in politische Prozesse einzubinden.

T. Senst: Ich denke, dass wir in Zukunft noch viel von Dir hören und sehen werden. Für den bevorstehenden Wahlkampf, für Deine weitere politische Arbeit wünschen wir Dir viel Erfolg.

Tina Senst, Luckenwalde

Persönliches

Geboren wurde Steffen Kühne am 19. Juli 1981 in Greifswald, er wohnt jetzt in Potsdam.

Seine politischen Funktionen:

- Landessprecher Linksjugend ['solid] Brandenburg
- Bundessprecher Linksjugend ['solid]
- Vorsitzendes „Bildungswerk für Politik und Kultur e.V.“

(Träger der emanzipatorischen Jugendbildung in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Steffen Kühne hat den Beruf des Diplomverwaltungswissenschaftlers erlernt und befindet sich momentan im Master-Studium der Politikwissenschaft und in der Vorbereitung einer Doktorarbeit. <

Linke Politik im Landtag

Umsetzung von Lehrkräften

Die Eltern- und Schülervertretung des Friedrich-Gymnasiums in Luckenwalde hat sich gegen die Umsetzung von sechs Lehrkräften ausgesprochen und den Bildungsausschuss des Landtages um Unterstützung in der Sache gebeten. Sie plädiert dafür, trotz der sinkenden Schülerzahlen die Lehrkräfte an der Schule zu belassen und sie zu nutzen, um die Klassen zu verkleinern und die Qualität des Unterrichts zu erhöhen.

Außerdem wendet sich die Vertretung der Eltern und Schüler gegen die Umsetzung der vorgesehenen Lehrkräfte, ohne dass der Schulleiter ein Mitspracherecht hat und gegen die

Kriterien, die vonseiten des Schulauftrages der Umsetzung zu Grunde gelegt werden und wo Leistungsaspekte nicht die erste Rolle spielen.

Bilanz vorgelegt

Unsere Fraktion hat die Bilanz ihrer parlamentarischen Arbeit in der Legislaturperiode 2004 bis 2009 vorgelegt. „Sozial – mit aller Kraft“: Mit diesem Versprechen zog unsere Fraktion vor fünf Jahren in das brandenburgische Landesparlament ein. Die Ergebnisse unserer politischen Arbeit können nun in unserer Broschüre nachgelesen werden, die auf Anfrage in meinem Wahlkreisbüro erhältlich ist. <



Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde,
Zinner Straße 36
Tel: 03371-406544
www.konni-wehlan.de
Mail: BueroLukWehlan@aol.com

„Die Qual der Wahl“

... hatten die Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse des Jüterboger Goethe-Schiller-Gymnasiums am 14. Juli nach einer mehr als interessanten und aufschlussreichen Podiumsdiskussion mit den Kandidaten, die sich im Wahlkreis 24 um ein Direktmandat im Landtag bewerben.

Zum Wahlkreis gehört der komplette Süden unseres Landkreises einschließlich der Stadt Luckenwalde. Daher nahm unsere Kreisvorsitzende und direkt gewählte Abgeordnete Kornelia Wehlan als Bewerberin ebenfalls im Podium Platz, um sich den Fragen der Schüler zu stellen.

Vorausgegangen war am Vormittag ein so genanntes „Welt-Café“, in dem die Schüler an verschiedenen Tischen Platz nahmen und in lockerer Atmosphäre über die unterschiedlichsten Themen diskutierten, von der Bildungspolitik bis hin zur Atomenergie.

Die Kandidaten nahmen ebenfalls an den Runden teil, durften aber nur zuhören und nicht in die Diskussion eingreifen. Durch die Diskussionen, die in insgesamt vier Durchgängen mit Tischwechseln abgehalten wurden, entstanden durch die Schüler kurze prägnante Fragen, die durch die Kandidaten später auf dem Podium zu beantworten waren. Dabei ist mir

persönlich als Moderator eines solchen Thementisches aufgefallen, wie unterschiedlich die Kandidaten doch auftreten.

Die einen „hauen“ den Schülern gleich ihr Wahlprogramm um die Ohren, die anderen erscheinen erst zur Podiumsdiskussion und verschwinden gleich darauf und wieder andere hören geduldig zu und lassen auch mal die Hauptakteure des Tages, die Schülerinnen und Schüler, zu Wort kommen.

Das setzte sich später auch in der Abschlussdiskussion fort. Die einen hörten besonnen zu, ließen auch mal ausreden und glänzten mit kurzen und sachlichen Fakten, hier hob sich Kornelia Wehlan besonders hervor, während sich andere doch ziemlich in die Haare bekamen und sich in persona der CDU und SPD gegenseitig bepflasterten und man fast vergessen konnte, dass beide immerhin zehn Jahre in Brandenburg regiert und nichts von dem jetzt Versprochenen umgesetzt haben.

Die FDP gab sich in Jüterbog als Partei der kleinen Leute und nicht der Besserverdienenden, wie ihre Politik seit jeher aber eigentlich zeigt. Ganz besonders fiel mir auf, dass die Vertreterin der SPD Dinge ins Gespräch

brachte und forderte, bei denen sie die vergangenen fünf Jahre ihrer Landtagszugehörigkeit genau das Gegenteil vertreten hat. Leider wurden diese Fakten nicht wirklich an das Auditorium vermittelt, was das Ergebnis der abschließenden Wahl zeigte.

Wir landeten mit unserer Kandidatin auf dem dritten Platz hinter FDP und SPD - abgeschlagen Herr Petke für die CDU auf dem letzten Platz. Die Wahlbeteiligung lag nur bei knapp der Hälfte der Schüler. Die anderen waren nämlich schon gleich nach Ende der Diskussion in die beginnenden Ferien gestürzt, ohne noch schnell an der Abschlusswahl teilzunehmen. Vielleicht war dies auch dem heißen und sonnigen Sommerwetter an diesem Tage geschuldet oder der über sechsständigen Diskussion.

Alles in allem jedoch eine gelungene Veranstaltung des Netzwerkes für Jugendarbeit JNND (Jüterbog, Niedergörsdorf, Niederer Fläming und Dahme) in Zusammenarbeit mit dem Goethe-Schiller-Gymnasium. Und eine Erkenntnis bleibt: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

*Felix Thier,
 Luckenwalde*

Sommertour der Bundestagsabgeordneten

Die Landesgruppe der LINKEN Brandenburg im Deutschen Bundestag startete auch in diesem Jahr wieder ihre Sommertour. Besucht wurden eine Woche lang die Wahlkreise, die bisher noch keinen Bundestagsabgeordneten der LINKEN haben. Luckenwalde war die erste Station von Dr. Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, und dem rechtspolitischen Sprecher der Frakti-

on, Wolfgang Neskovic, Richter am Bundesgerichtshof a. D.. Während sich Dagmar Enkelmann zusammen mit dem Kreisgeschäftsführer der LINKEN in Teltow-Fläming, Manfred Thier, der Bürgermeisterkandidatin für Luckenwalde, Kirsten Gurske, und Erik Scheidler, Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Luckenwalde, die Wohnbaugenossenschaft in Luckenwalde ansah, besuchten Wolfgang Neskovic, Kornelia Wehlan, die Bürgermeisterkandi-

datin für Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler, die Fraktionsvorsitzende der LINKEN in der Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal, Monika Krause, der Bundestagskandidat für den Wahlkreis 63, Steffen Kühne, und der Landtagskandidat, Peter Dunkel, die Tier- und Pflanzenproduktion in Felgentreu. Mit fachkundigen Erläuterungen von Herrn Eppinger wurden ferner die Gemüseproduktion und die Biogasanlage durch die Gäste besichtigt. <

Tier- und Pflanzenproduktion Felgentreu

Der Geschäftsführer der Tier- und Pflanzenproduktion Felgentreu, Herr Sven Eppinger, stellte den Gästen in einem einstündigen Vortrag den Betrieb einschließlich der modernen Biogas- und Gewächshausanlage vor. „Unser Biogaspark ist deutschlandweit der zweitgrößte und der größte Arbeitgeber der Gemeinde Nuthe-Urstromtal... Unser Konzept ist einzigartig, insbesondere die Wärmenutzung in den Gewächshäusern.“, sagte Eppinger. Mit der Abwärme des Biogasparks wird eine Gewächshausfläche von 10,1 ha für die Gurkenproduktion genutzt. Damit ist das ökologische Ziel einer optimalen Wärmenutzung verwirklicht worden. Davon konnten sich die Gäste auch beim kurzen Rundgang durch den Biogaspark und die Gewächshausanlage überzeugen. Der Betrieb steht seit Jahresbeginn vor einem großen Problem:

Galt zur Eröffnung der zehn Biogasanlagen am 4. Juli 2008 das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) von 2004, so wurde das Gesetz rückwirkend zum 1. Januar 2009 geändert. Danach sollen alle zehn Anlagen als eine gelten, was zur Folge hat, dass es ab 1. Januar 2009 nur noch Bonuszahlungen für eine Anlage gibt (ca. 215.000 Euro Minus monatlich). Wenn der Bundesgesetzgeber keinen Bestands- und Vertrauensschutz für bereits getätigte Investitionen gewährt, müssten die Biogasanlage und

das Gewächshaus reduziert werden, was auch Arbeitsplatzabbau zur Folge hätte. Hier ist die Politik gefordert, eine schnelle Entscheidung zu treffen. Der sehr knappe Zeitrahmen für eine solch umfangreiche Problematik ließ leider eine intensive Gesprächsrunde nicht zu.

Monika Krause, Nuthe-Urstromtal

Wohnbaugenossenschaft Luckenwalde



Dagmar Enkelmann als Spitzenkandidatin der LINKEN zur Bundestagswahl zeigte sich beeindruckt von den Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Wohnbaugenossenschaft in Luckenwalde.

Der Besuch einzelner Wohngebiete unter fachkundiger Führung von Jörg Kerpa, dem kaufmännischen Vorstand der Wohnbaugenossenschaft, zeigten Seniorenfreundlichkeit, Spielplätze und viel grünes Umfeld, die Offenheit und angenehmes Wohnen sprechen.

Felix Thier, Luckenwalde

Bürgerforum im Kreishaus

Die Sommertour fand ihren Abschluss mit einem Bürgerforum im Kreishaus. Ralph Krech hat die schwierige Aufgabe, die drei Diskutanten, Wolfgang Neskovic, Steffen Kühne und Kirsten Gurske, die ihre Ziele im Falle ihrer Wahl formulierten und Bundes-, Landes-, und Kommunalpolitik miteinander zu verbinden, hervorragend gemeistert. Das Hauptanliegen in der neuen Legislaturperiode sieht Wolfgang Neskovic für seinen Politikbereich in der Schaffung einer neuen Verfassung, in der u.a. das Recht auf Arbeit, das Recht auf Mindestlohn und die Möglichkeit der Verstaatlichung von Grund und Boden, wenn er nicht dem Gemeinwohl dient, festgeschrieben wird. Steffen Kühne sieht den Schwerpunkt seiner Arbeit im Falle seiner Wahl in der Verbindung von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit. Das wird nach seinen Aussagen nur möglich sein durch gesellschaftlichen Umbau. Kirsten Gurske lobte wiederholt die städtebaulich kleinen Inseln, die zu einem großen Ganzen verbunden werden müssen. Dass in Luckenwalde 9.000 Menschen über 50 Jahre wohnen, muss sowohl bei der Seniorenarbeit, aber auch bei der Jugendarbeit Berücksichtigung finden. Alle drei Politiker trugen ihre Anliegen engagiert und mit Sachkompetenz vor. Wir müssen dazu beitragen, dass sie die Möglichkeit der praktischen Umsetzung erhalten.

Marianne Richter, Luckenwalde

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Bahnchaos

„Alle Räder stehen still – weil Mehdorn an die Börse will!“ Die einmalige Situation bei der Berliner S-Bahn ist eine direkte Folge des Börsenwahns der Bahn unter Hartmut Mehdorn und dem Verkehrsminister Tiefensee, der das Unternehmen „Börsenbahn“ maßgeblich befördert hat. Das rücksichtslose Fitmachen der Bahn für die Börse hatte Personaleinsparungen, Werkstattschließungen und nachlassenden Service zur Folge.

Das alles rächt sich nun bitter. Die Konsequenz aus den Zuständen in Berlin und an anderen Orten kann und darf nur sein: Stopp des Börsengangs der Bahn. Die Bahn und das Streckennetz müssen in öffentlicher Hand belassen werden. DIE LINKE fordert, den endgültigen Börsenstopp für die Bahn noch vor der Bundestagswahl im Parlament zu beschließen. Die Möglichkeit besteht auf der Sondersitzung des Bundestages im September.

Statt seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu durchleuchten und den Datenschutz mit Füßen zu treten, hätte Herr Mehdorn besser daran getan, die Radsätze fristgerecht zu durchleuchten. Wer aber ausschließlich den Profit im Blick hat, schert sich offensichtlich um die Sicherheit der Fahrgäste einen Dreck.

Arbeitslos ist nicht gleich arbeitslos

Schlechte Meldungen kann die Regierung vor der Bundestagswahl nicht gebrauchen. Deshalb rechnet sie sich die Arbeitslosenzahlen schön. Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden bereits seit Längerem nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik.

Im Mai 2009 kam eine weitere Ausnahme hinzu: Wenn private Arbeitsvermittler tätig werden, zählt der von ihnen betreute Arbeitslose nicht mehr als arbeitslos, obwohl er keine Arbeit hat. Wer die tatsächliche Arbeitslosigkeit erfassen will, muss ehrlich rechnen. Dazu sagte Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) am 4. Juni in der Fernsehsendung Panorama: „Alles, was an Effekten durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen entsteht, wird jedes Mal zusammen mit der Arbeitsmarktstatistik veröffentlicht. ... Ich glaube, dass man sich auf die Seriosität dieses Prozesses verlassen kann.“ Wer anders rechnen wolle, könne ja „seine Zahl veröffentlichen – und dazu ein Flugblatt drucken.“ Das tun wir gern, Herr Scholz. Hier ist die tatsächliche Zahl, die allein auf amtlichen Daten beruht. Arbeitslos sind 4.545.777 Menschen. Statt zu tricksen ist es Zeit zu handeln.

Juni 2009 Tatsächliche Arbeitslosigkeit: 4.545.777. Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.409.980. Nicht gezählte Arbeitslose: 1.135.797, davon älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II: circa 350.000, Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III): 29.668, Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 326.798, Berufliche Weiterbildung: 236.781, Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 48.390. Aktivierung und berufliche Eingliederung (z.B. private Arbeitsvermittlung): 67.795. Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 33.871. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 14.646. Kranke Arbeitslose (§ 126 SGB III): 27.848.

Ehemalige Staatsgrenze ist aktuelle Armutsgrenze

Der Osten im 20. Jahr der Einheit: beinahe doppelt so hohe Arbeitslosigkeit wie im Westen, mehr als dop-



pelt so viele Hartz-IV-Empfänger, weit mehr als doppelt so viele Kinder in Armut, niedrigere Löhne, geringere Aussichten auf einen Ausbildungsplatz... Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen – leider. Versprechungen auf die Herstellung einer sozialen Einheit mit vergleichbaren Lebensverhältnissen – ein Verfassungsgebot – klingen zunehmend unglaubwürdig. DIE LINKE hält als einzige Partei im Deutschen Bundestag am Verfassungsauftrag der Angleichung der Lebensverhältnisse fest. <

Auflösung Bilderrätsel



Die Skulptur zeigt Hans Clauer, den „märkischen Till Eulenspiegel“ auf dem Marktplatz in Trebbin. Um das Jahr 1506 geboren, ging er später nach Zerbst in die Lehre, soll er auf Wanderschaft bis nach Ungarn gekommen sein. Um 1530 kehrte er nach Trebbin zurück und brachte es dort nicht nur zum Schalksnarren, sondern auch zum Mitglied des Rates. Im Jahre 1566 soll er der Pest zum Opfer gefallen sein. <

Rentengerechtigkeit

Viele Erwerbstätige vertreten die Meinung: Den Rentnern geht es gut, regelmäßig gibt es mehr Geld. Sie dagegen müssen oft für einen Hungerlohn schuften. Wir Rentner im Osten vergleichen uns mit denen in den alten Bundesländern und sind berechtigt unzufrieden. Unterschiedliche Rentenfaktoren (Differenz: 3,07 • je Punkt) sind die Ursache.

Leider bringt die beschlossene Steuersenkung für diesen Personenkreis keine Einkommenserhöhung. Angemessener Mindestlohn und Rentenangleichung wären die Lösung. Daran ist das Kapital aber nicht interessiert. Deshalb übernehmen die Politik und die „unabhängigen Medien“ die Aufgabe: Alt gegen Jung, Arm gegen Reich, Ost gegen West, Frauen gegen Männer usw. aufzustacheln, zu manipulieren.

Höhepunkt dabei ist zur Zeit die Debatte über den „Unrechtsstaat“ DDR. Diese dient jedoch nicht der Geschichtsaufarbeitung, sondern nur der Machterhaltung der jetzigen Regierung sowie der FDP. Losungen wie: „Wer DIE LINKE wählt, will die DDR zurück.“, sollen den Wähler beeinflussen. Dass kein real denkender Mensch die DDR zurückhaben möchte, wird dabei bewusst verschwiegen.

Soziale Gerechtigkeit ist das Ziel. Blüten dieser Argumentation über die ehemalige DDR sind Äußerungen wie: „Das Beste an der DDR war Wolf Biermann“, Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen oder „Bayrische Hauptschüler können Unrechtsstaat DDR besser erklären als Brandenburger Gymnasiasten“, Chefredakteur des Focus. Vielleicht können diese Schüler auch ausrechnen, wieviel Euro ein Durchschnitts-Ostrentner weniger erhalten hat als der im Westen?

Aufgabe: Berechnung in Euro, Zeitraum 01.01.1992 bis 30.06.2009, 45 Rentenpunkte, Rentendifferenz Ost/

West 3,07 • je Punkt.

Ergebnis: Es sind insgesamt ~ 30.670 • brutto, je Monat ~ 138 •, pro Jahr ~ 16.750 •.

Diese Realität wird von fast allen Parteien außer der LINKEN verschwiegen bzw. durch Halbwahrheiten verfälscht. So formuliert die Bildzeitung: „Ostrentner bevorzugt! Die Pro-Kopf-Rente ist höher.“. Das stimmt sogar, aber während im Osten die Alters-einkünfte zu fast 100% aus der staatlichen Rente bestehen, sind es im Westen nur gute 50%.

Pensionen, Betriebsrenten und weitere Einnahmen sind der andere Teil. Hinzu kommt, dass viele kleine Renten unter anderem für Gastarbeiter und für Zeiten vor der Verbeamtung gezahlt werden. DIE LINKE hat in der ablaufenden Legislaturperiode 18 Anträge zur Rentenproblematik ins Parlament eingebracht. Leider ohne Erfolg.

Liebe Rentnerinnen und Rentner, nutzen Sie den bevorstehenden Wahlkampf, um allen Parteien unseren Standpunkt – Ostrenten sind aktuelles Unrecht – zu erklären.

Wir wählen nur die Partei, die sich für uns einsetzt. Die Realität widerlegt Gegenargumente wie: „Es fehlt das Geld.“, „Die Rentenformel bevorzugt die Ostrentner.“.

Wir alle leben in einem Deutschland, in dem es gleichberechtigte Lebensverhältnisse geben sollte, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in West und Ost und damit einen einheitlichen Rentenwert. Des Weiteren ist geschichtlich abzuleiten, in der alten Bundesrepublik gab es trotz regional unterschiedlicher Einkommen nur einen Rentenwert. Weshalb ist das nach fast 20 Jahren Einheit nicht möglich?

Fordern wir unser Recht ein!

Klaus Julemann, Luckenwalde

Ausstellung in Jüterbog

In diesem Jahr häufen sich die Urnengänge zu den verschiedensten Gremien.

Aus diesem Anlass organisierte der



Foto: Petra Haase

Regionalverband eine Ausstellung. Wolfgang Hippauf hatte die Idee, mal Wahlplakate unserer Partei seit 1990 auszustellen. Es gab große Zustimmung, auch wenn damit die Tradition, nur Künstler der Region ausstellen zu lassen, durchbrochen würde. Maritta Böttcher und ich sichteten im Archiv im Karl-Liebknecht-Haus



Foto: Petra Haase

Plakate und wählten einige für unsere Geschäftsstelle aus. Dabei wurde die Veränderung in der Gestaltung deutlich. Begann es 1990 sehr schlicht, wurden in späteren Jahren die Plakate farbiger und auffälliger. An den Plakaten wird aber auch die Entwicklung der Partei deutlich.

Mein Favorit ist das Plakat mit den Abbildungen verschiedenster Menschen, die für die progressive, humanistische und weltoffene Tradition, in der sich die Partei DIE LINKE sieht, stehen. Während der Öffnungszeiten kann sich jeder von der Vielfalt überzeugen. Die ersten Besucher waren schon da. *Petra Haase, Jüterbog*

Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



Wege gegen Kinderarmut

Die Armut von Kindern und Jugendlichen ist eines der unerträglichsten, aber auch vermeidbarsten Probleme. Bei der Bekämpfung gibt es keine einfache Lösung. Es bedarf Aktivitäten auf allen politischen Ebenen. Wichtig ist: Soziale Transfers dürfen dabei nicht gegen infrastrukturelle Investitionen ausgespielt werden. Auf beiden Gebieten sind dringend Verbesserungen zugunsten der Kinder durchzusetzen. Dies ergab (auch) eine Anhörung der Kinderkommission zum Thema „Maßnahmen gegen Kinderarmut“. Ich begrüße ausdrücklich die nachträgliche Ausweitung des Schulbedarfspaketes. Gerade Leistungsempfänger/innen nach dem SGB II und SGB XII, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, sollten angesichts der Diskussionen um die soziale Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems gegenüber anderen Schüler/innen in Sozialleistungsbezug nicht finanziell benachteiligt werden.

Gemeinsam mit dem Bundesrat for-

derte die KiKo die Bundesregierung auf, die Regelsätze für hilfebedürftige Kinder neu zu bemessen. Hierbei sind die besonderen Bedarfe für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen oder Schulen mit einem Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag und in Kindertageseinrichtungen zu berücksichtigen. Sozialleistungen für Kinder in Hartz IV müssen sich an deren Bedarf orientieren.

Eine konkrete kinderspezifische Bedarfsanalyse ist notwendig. Bei der Erhebung müssen Kosten für gesunde Ernährung, Kleidung, Schulbesuch und Teilnahme an kulturellen Angeboten einbezogen werden.

Ich setze mich dafür ein, dass Kinder gesund aufwachsen, freien Zugang zu guter Bildung haben und gleichberechtigt am alltäglichen Leben teilhaben können.

Millionen von Kindern und Jugendlichen nutzen die außerschulischen Bildungsangebote in Vereinen, Jugendverbänden und Einrichtungen der Jugendarbeit. Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit müssen

durch eine Gemeinschaftsanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen rückgängig gemacht werden! Nur mit personell und finanziell gut ausgestatteten Jugendämtern sowie einheitlichen Qualitätsstandards kann auch ein adäquater Kinderschutz gelingen.

Entsprechend der Bedeutung der Jugendarbeit gerade in strukturschwachen Regionen muss diese finanziell unteretzt sein.

Der demographische Wandel sowie die anhaltende Abwanderung aus Ostdeutschland dürfen nicht für Einsparungen in diesem sensiblen Bereich genutzt werden. Das Gegenteil sollte der Fall sein. Investitionen in qualifiziertes Personal sind notwendig, um Familien mit Kindern frühzeitige professionelle Hilfe anbieten zu können. <

Einfach wählen - schon jetzt per Briefwahl

Den Antrag zur Briefwahl kann man jetzt schon stellen, dann kommen die Unterlagen ins Haus.

Man beantragt den Wahlschein bei seiner Heimatgemeinde. Das geht persönlich beim Amt, per Brief, per Telegramm, per Fax, per E-Mail, aber nicht telefonisch.

Noch einfacher geht es mit der Wahlbenachrichtigungskarte oder im Internet unter:

www.wahlen-brandenburg.de.

Hier finden Sie ein Formular, das direkt am Computer ausgefüllt werden kann und dann an die zuständige Behörde weitergeleitet wird. Schon ist der Antrag auf dem Weg. Letzter Termin für die Beantragung ist Freitag, der 25. September 2009, 18.00 Uhr.

Bei Ausnahmefällen (wie plötzlicher Krankheit) ist die Beantragung noch bis 15.00 Uhr am Wahlsonntag möglich.

Und dann bequem auf dem Sofa wählen. Stimmzettel in blaue Umschläge stecken und zukleben. Erklärung unterschreiben. Man bestätigt damit, dass der Stimmzettel eigenhändig angekreuzt worden ist. Beide zusammen in den roten Briefumschlag und unfrankiert in einen Briefkasten stecken. Das wars. So einfach kann man wählen. <



LeseEcke

Auch in diesem Monat haben wir aufgrund der vielen Zuschriften und des damit entstandenen Platzmangels in der Printausgabe unserer Zeitung einige Artikel in unsere Internet-LeseEcke gestellt. Bei Bedarf besteht auch die Möglichkeit, die Artikel in unserer Geschäftsstelle einzusehen. In diesem Monat neu:

- Diana Golze über den „Anstieg der Altersarbeitslosigkeit als Beleg für die Unsinnigkeit der Rente ab 67“
- Dr. Rudolf Haase zur „Bürgermeister-Bilanz“
- Ronald Friedmann über den Beginn des Zweiten Weltkrieges
- Frank Schubert, „Gebt ihnen ein Gesicht“

Alle Artikel sind abrufbar unter: www.dielinke-teltow-flaeming.de <

Wie es gebraucht wird

Immer wenn prominente Politiker unseren Landkreis besuchen, ist ein Besuch des Biotechnologieparks vorgesehen. Die Gäste nebst den Honoratioren des Kreises sonnen sich in den Erfolgen der Wirtschaftsförderung unseres Kreises. Oft sind diese Besichtigungen nur zum Selbstzweck inszeniert, das merkt man daran, wie sich die Gesichtszüge straffen und zum stupiden Lachen anheben, wenn die Kameras auf sie gerichtet sind. Es stellt sich dann so dar, als ob ohne ihr Zutun eine solche Leistung nicht erreicht worden wäre. Selbstredend, dass es sich dabei vorwiegend um die CDU- oder SPD-Prominenz handelt, da sie ja im Bund und Land die gegenwärtige Regierung stellt. Auf die erreichten Leistungen des Kreises kann man berechtigt sehr stolz sein. Diejenigen, die sich in Wahlkampfmanier präsentieren, haben wenig damit zu tun und vergessen sehr bewusst, dass Erfolge und auch Misserfolge kollektiv erungen worden sind.

Im wirtschaftlichen Vergleich mit anderen Kreisen im Bund und Land stehen wir an vorderster Stelle. Natürlich hat auch die Rankingliste der Investitionsleistung so ihre Tücke und deckt nicht die Schwächen auf. Zur Gesamtbilanz gehört nämlich auch, dass unser Kreis die höchste Pro-Kopf-Verschuldung in Brandenburg hat. Andere Vergleiche, so z. B. das soziale Umfeld, Kinderfreundlichkeit, Infrastruktur, Entwicklung des ländlichen Raumes u. a., sind nicht so zeigenswert. Da hält sich die Polit-Prominenz auch diskret zurück.

Als langjähriger Kreistagsabgeordneter der LINKEN kenne ich das Ringen um die besten Lösungen. Viele Ideen wurden zunächst negiert und in anderer Verpackung innovativ „verkauft“. Vieles ist gelungen und manches steht uns nicht gut zu Gesicht. Aber es sind Erfolge aller Bürger und

nicht nur einer Klientel, die für sich die Rosinen aus dem Teig herauspicken will.

Eine Entscheidung für unseren Kreis haben alle Fraktionen für die Einrichtung einer Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SWFG) getroffen. Die Aufgabe dieser Gesellschaft bestand darin, innovatives Gewerbe in unserem Kreis zu entwickeln, anzusiedeln und sie zum Laufen zu bringen. Das betraf vor allem solche Entwicklungen, die von der Privatwirtschaft nie geleistet worden wären. Von vornherein wussten wir alle, dass die SWFG nicht mit einem privatwirtschaftlichen Unternehmen zu vergleichen ist.

Manche Ergebnisse lassen sich sehen, andere wiederum nicht oder sind umstritten. Aber es gab einen parteiübergreifenden Konsens, mit der SWFG die Wirtschaftsförderung in unserem Kreis voranzubringen. Der Gewinn errechnet sich nicht aus der Bilanz dieser kommunalen Gesellschaft allein, sondern auch aus der wirtschaftlichen Entwicklung des Umfeldes und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Im Biotechnologiepark arbeiten zur Zeit 500 Beschäftigte, weitere Ansiedlungen sind vorgesehen. Beim Flugplatz Schönhagen sind mittlerweile 28 Unternehmen und fünf Vereine mit 250 Beschäftigten angesiedelt.

Für die kommunalen Unternehmen im Kreis wurden Netzwerke geschaffen und konkrete Hilfe für die Beratung über Fördermöglichkeiten, Vermittlung von Kooperationspartnern, Sicherung des Fachkräftebedarfs und Schaffung von Ausbildungsplätzen für die Unternehmen geleistet. Wichtiges Anliegen ist für die SWFG, der Jugend im Kreis eine Perspektive zu bieten und ihr eine ordentliche Ausbildung zu gewährleisten. Als Abgeordneter der LINKEN bin ich nicht mit jedem Projekt zufrieden. Insbesondere gab

es nach meiner Meinung einige Fehler bei der Entwicklung des Flughafens Schönhagen. Ich musste auch feststellen, dass einige Beschäftigte in den SWF-Unternehmen auch nur „versorgt“ wurden, aber wie gesagt, Erfolge und Misserfolge tragen wir in einem demokratischen Prozess alle gemeinsam. Nunmehr wurde, wie die Medien berichten, der gemeinsame Konsens von einigen CDU-Abgeordneten aufgekündigt.

Liegt das daran, dass sich einige Personen profilieren wollen? Bis 1999 war der Geschäftsführer der SWFG ein CDU-Mann. Bis 2008 war eine CDU-Abgeordnete stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der SWFG mbH. Ich brauche nicht extra zu betonen, welche Fraktion in dieser Zeit diskreditiert wurde. Als ich neulich im Wirtschaftsausschuss ein Mitglied vertreten musste, traute ich meinen Augen und Ohren nicht. Die neu gewählten CDU-Kreistagsabgeordneten von der Bank und Kühnapfel gingen zum Angriff auf die SWFG über. Sie holten in Wahlkampfmanier zum Rundumschlag aus. Sie wollten nicht im Entferntesten dem Anliegen der SWFG folgen. Natürlich sind wohl alle Kreistagsabgeordneten der Meinung, dass immer auf die Effektivität und Sparsamkeit einer kommunalen Gesellschaft, die eine andere Aufgabenstellung hat als ein Privatunternehmen, geachtet werden muss.

Die SWFG ist aber nicht geeignet, nur aus Profilierungssucht und Wahlkampfgetöse die jahrelange Arbeit vieler engagierter Beschäftigter der SWFG zu diskreditieren. Ich glaube aber nicht, dass die Wahlstrategie der CDU zu den Wahlen im September aufgeht. Als LINKER werden wir mit Fachkompetenz kritisch die Entwicklung der SWFG begleiten. Eine Demontage der SWFG, auch wenn sie aus Profilierungssucht nur verbal erfolgt, werden wir aber nicht zulassen.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Es ist eine Herausforderung und ich habe Lust darauf

Das war die Antwort unserer Bürgermeisterkandidatin Kirsten Gurske auf die Anfrage von Birgit Schott: „Warum willst du Bürgermeisterin in Luckenwalde werden?“

Diese Frage bewegte viele der Anwesenden, die der Einladung der Stadtfraktion und des Stadtvorstandes DIE LINKE am 2. Juli in das Lindencafé gefolgt waren. Die Antwort auf diese Frage wird auch für die Menschen in Luckenwalde von Bedeutung sein, die am 27. September vor der schweren Aufgabe stehen, das Stadtoberhaupt von Luckenwalde zu wählen. Der Hinweis von Klaus Julemann, dass diese Wahl nicht losgelöst von den anderen beiden Wahlen an diesem Tage betrachtet werden darf, machte die Brisanz nochmals deutlich.

Aus der Runde der ca. 20 Anwesenden kamen viele Anregungen und Hinweise, die Kirsten Gurske interessiert und dankbar aufnahm. Sie ist noch keine Luckenwalderin, kommt aus Berlin und hat den unverstellten

Blick auf Luckenwalde und ihre Bürger, wie Cornelia Ziege mit dem Hinweis: „Es waren immer Menschen von



Kirsten Gurske

außen, die Luckenwalde vorangebracht haben.“, überzeugend bemerkte.

In der Einschätzung über ihre ersten Wochen Wahlkampf in unserer

Stadt hat Kirsten Gurske bereits gezeigt, dass sie über den notwendigen Sachverstand verfügt.

Sie hat 20 Jahre Erfahrung in den unterschiedlichsten Verwaltungsbereichen und genug Power, um genau diese Aufgabe zu meistern. Sie brachte in ihrer Einschätzung zum Ausdruck, dass Luckenwalde über viel Entwicklungspotenzial verfüge, hob die positiven Beispiele wie die Bibliothek am Bahnhof hervor und stellte als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben heraus, die Stadt für Jugendliche wieder attraktiver zu machen.

Das größte Lob erhielten die Menschen von Luckenwalde. Sie sind freundlich und aufgeschlossen und stellen in den Gesprächen nicht ihre Unzufriedenheit, sondern ihre Ideen in den Vordergrund.

Diese Liebeserklärung hat die Anwesenden abschließend nochmals überzeugt, dass wir eine gute Wahl getroffen haben.

Marianne Richter, Luckenwalde

Russland im Herzen

„Paris, davon haben unsere Eltern geschwärmt. Sankt Petersburg ist zwar nicht so cool wie Südamerika und zur Selbstfindung nicht so geeignet wie Asien, steht aber um einiges höher im Kurs als Paris. Sankt Petersburg ist immerhin Russland, und Russland ist Sibirien, und da fährt man nicht mal so eben übers Wochenende hin.“

Lena Gorelik, gebürtige Leningraderin, fährt zweimal im Jahr in ihre Heimat zu unvermeidlichen Verwandtenbesuchen. Ergebnis ihrer Studien ist das sehr persönliche Reisebuch „Verliebt in Sankt Petersburg“.

Es enthält zwar keine Museumsöffnungszeiten, dafür aber sehr wichtige Tipps für ausländische Touristen. Für jeden, der eine positive Beziehung zu Russland hat, vielleicht in Freundschaft mit russischen Menschen ver-

bunden ist, ist dieses sehr gescheite Büchlein (170 Seiten) ein Genuss.

Ich bin empfindlich, wenn etwas Ge-



hässiges über russische Menschen gesagt, alles Russische in Bausch und Bogen verdammt wird. Bei Lena Gorelik gibt es keinerlei Häme, nur gutmütigen Spott.

Sie liebt ihre „Piterzi“ - ihre Petersburger - hat aber trotzdem einen scharfen, satirisch überhöhten und deshalb äußerst komischen Blick auf

alles typisch Russische.

Das Kapitel „Die wichtigsten Do's und Don'ts für Petersburg“ sollte Pflichtliteratur für jeden Russlandreisenden sein. Zum Beispiel: Auf keinen Fall Hotdogs und Ähnliches vom Straßenstand essen: Für nicht-russische Mägen kann das Essen fatal sein. Und ob die Wurst tatsächlich aus Fleisch zubereitet wurde, möchte man nicht wissen.“

„Unbedingt merken: Egal, wie sicher man sich ist, alles, was auf dem Tisch steht, probiert zu haben und nie wieder essen zu können: Es kommt immer noch ein weiterer Gang. Und ein ‚Nein, danke‘ verstehen die Russen als Aufforderung, noch mehr Essen auf den Teller des Gastes zu laden.“

*Renate Klettke,
Ludwigsfelde*

Sensation pur

„Bundeswehr zum Einsatz im Gazastreifen verabschiedet“

Das ist natürlich pure Erfindung. Von mir. Sie haben es sofort gedacht.

Aber warum eigentlich? Weil Sie selbstverständlich die Lügen der Herren Jung, Schneiderhahn und Steinmeier durchschaut haben?

Auch die Lügen über den (leider notwendigerweise) bewaffneten Aufbauhelfer in Afghanistan, der schon seit langem gar nicht mehr zum Brunnenbohren und Kindergartenbauen kommt, weil Sprengstofffallen und direkter Beschuss ihn daran hindern. Was soll er dort? Warum wird das Kontingent stets verlängert, stets aufgestockt?

Warum klagen die oben genannten „Drei“ und auch die der beinharten katholischen Moral ehern verpflichtete Kanzlerin (siehe Ansprache am 22. Juli in München) über die mangelnde Jubel- und Heldenverehrungstimmung im deutschen Volk?

Das Volk, außer seinen edlen Politikern und den Edelfedern des Journalismus, erkennt und benennt natürlich schon, dass das gar keine Aufbauhelfer sind, sondern Sicherstellungstrupps von geostrategischer und rohstoffsichernder Bedeutung. Wer wirklich für Aufbauhilfe (selbstlose, glorreiche) delegiert werden will, sollte in den Kosovo gehen, nach Bosnien oder Serbien... oder eben ins Gazagebiet. Dort haben wir direkt oder indirekt sehr viel mitzederpopt. Schlagen Sie das dem Bundestag, Bundesrat, dem Kabinett doch einmal vor.

Würden diese antworten (lassen), ei was gäb' das für eine Eierei.

Denn sie wissen natürlich, dass sie Lügner sind, die schon wieder beharrlich an einem saumäßigen Image der vielfach noch immer respektvoll betrachteten Marke „made in germany“ arbeiten.

Löst sie ab!

Vielleicht geht das mit dem Wahlscheinkreuz!

Dr. Frank Schubert, Potsdam

Herzliche Glückwünsche

senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Ursula Ließ aus Jüterbog zum 85. Geburtstag am 11.08.

Karl-Heinz Tietz aus Jüterbog zum 60. Geburtstag am 31.08.

Ingrid Drechsel aus Ludwigsfelde zum 72. Geburtstag am 06.08.

Inge Scholz aus Jüterbog zum 74. Geburtstag am 10.08.

Annemarie Petratschek aus Mahlow zum 84. Geburtstag am 15.08.

Erika Günther aus Blankenfelde zum 76. Geburtstag am 18.08.

Gerd Knitter aus Ludwigsfelde zum 72. Geburtstag am 21.08.

Lothar Scholz aus Jüterbog zum 74. Geburtstag am 22.08.

Kurt Elstermann aus Jüterbog zum 88. Geburtstag am 30.08.

Paul Steffen aus Jüterbog zum 84. Geburtstag am 31.08.

Harry Gebauer aus Luckenwalde zum 73. Geburtstag am 02.09.

Ilse Sachse aus Luckenwalde zum 81. Geburtstag am 02.09.

Werner Schulze aus Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 02.09.

Walter Falke aus Am Mellensee zum 81. Geburtstag am 06.09.

Sonja Ratsch aus Jüterbog zum 73. Geburtstag am 09.09.

Annelore Müller aus Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 10.09.

Zur Goldenen Hochzeit gratulieren wir

Gerd & Christel Knitter

ganz herzlich!

Teltow-Fläming im Wahlquartier vorgestellt



K. Wehlan und E. Scheidler im Potsdamer Wahlquartier

Am vergangenen Mittwoch stellte sich im Wahlquartier der LINKEN in den Potsdamer Bahnhofspassagen der Landkreis Teltow-Fläming vor.

Ein Einstiegsportal der Fläming-Skate mit Karten und verschiedenem Werbematerial waren ebenso vorhanden wie der Luckenwalder Künst-

ler Karl Späth mit seiner Frau, die neben einer Ausstellung von Skulpturen und Malerei zahlreiche ihrer bildhauerischen Werke präsentierten. Kommunal- und Landespolitiker der LINKEN aus Teltow-Fläming, wie unsere

Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan, der Vorsitzende der Stadtfraktion Luckenwalde, Erik Scheidler, oder auch unsere Kandidaten zur Landtagswahl im Wahlkreis 25, Hartmut Rex, und zur Bundestagswahl im Wahlkreis 63, Steffen Kühne, waren vor Ort.

Red.

Termine

10.08.09 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

11.08.09 18.30 Uhr

Koordinierungsrat
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

14.08.09

Lieferung der Wahlmaterialien in
die Geschäftsstelle Luckenwalde

17.08.09 18.30 Uhr

Beratung BO-Vorsitzende des
Gebietsverbandes Zossen
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

19.08.09 9.30 Uhr

Kreiswahlkampfbüro
Geschäftsstelle Luckenwalde

19.08.09 19.00 Uhr

Kerstin Kaiser in Blankenfelde
„Grüne Passage“ Blankenfelde

19.08.09 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

22.08.09 14.00 Uhr

Zuckertütenfest Jüterbog
Schlosspark Jüterbog

06.09.09 17.30 Uhr

Regionalvorstand TF-Süd
Geschäftsstelle Jüterbog

Wahlkreisaufteilung

Die verschiedenen, mitunter neu geordneten Wahlkreise für die Landtags- und Bundestagswahl in diesem Herbst stiften häufig Verwirrung bei den Wählerinnen und Wählern.

So ist Teltow-Fläming beispielsweise in drei verschiedene Landtagswahlkreise aufgeteilt. Ebenso, nur mit anderen Zugehörigkeiten, gehören Teile von Teltow-Fläming zu drei verschiedenen Bundestagswahlkreisen. Um etwas Licht ins Dunkel zu bringen, versuchen wir hier eine Aufstellung der einzelnen Wahlkreise, die unseren Landkreis betreffen, zu erläutern.

Direktwahlkreise zu den Landtagswahlen 2009

Landtagsdirektwahlkreis 23:

- Gemeinde Am Mellensee
- Gemeinde Großbeeren
- Stadt Ludwigsfelde
- Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- Stadt Trebbin

In diesem Wahlkreis tritt für DIE LINKE, **Peter Dunkel** als Kandidat für die Landtagswahl an.

Landtagsdirektwahlkreis 24:

- Amt Dahme/Mark
- Stadt Jüterbog
- Stadt Luckenwalde
- Gemeinde Niederer Fläming
- Gemeinde Niedergörsdorf

In diesem Wahlkreis will **Kornelia Wehlan** ihr Direktmandat verteidigen.

Landtagswahlkreis 25

- Stadt Baruth/Mark
- Gemeinde Blankenfelde-Mahlow
- Gemeinde Rangsdorf
- Stadt Zossen

In diesem Wahlkreis tritt **Hartmut Rex** für DIE LINKE an.

Direktwahlkreise zu den Bundestagswahlen 2009

Die Bundestagsdirektwahlkreise bestehen aus Teilen mehrerer Landkreise sowie kreisfreier Städte. Der Übersicht halber verzichten wir auf die gesamte Aufzählung der Städte und Gemeinden in den den anderen Landkreisen.

Bundestagsdirektwahlkreis 61:

vom Landkreis Teltow-Fläming:

- Jüterbog
- Niedergörsdorf

(sowie Teile des Landkreises Havelland, des Landkreises Potsdam-Mittelmark und die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel)

Kandidatin in diesem Wahlkreis ist **Diana Golze**.

Bundestagsdirektwahlkreis 62:

vom Landkreis Teltow-Fläming:

- Großbeeren
- Ludwigsfelde

(sowie Teile des Landkreises Potsdam-Mittelmark und die kreisfreie Stadt Potsdam)

In diesem Wahlkreis kandidiert **Rolf Kutzmutz**.

Bundestagsdirektwahlkreis 63:

vom Landkreis Teltow-Fläming:

- Am Mellensee
- Baruth/Mark
- Blankenfelde-Mahlow
- Luckenwalde
- Niederer Fläming
- Nuthe-Urstromtal
- Rangsdorf
- Trebbin
- Zossen
- Amt Dahme/Mark

Hier kandidiert **Steffen Kühne**. <

IMPRESSUM

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33, 14974
Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53

Spendenkonto: 363 302 74 15,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: .15. Juli 2009, der nächsten Ausgabe: 19. August 2009

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de